



## Demo vor Landtagsbeschluss: „Silbersee“ wird stillgelegt

ct Magdeburg / Brüchau. Die Bohrschlammdeponie „Silbersee“ bei Brüchau soll abschließend stillgelegt wer-

den. Das hat der Landtag in Magdeburg am gestrigen Abend mehrheitlich entschieden. Das Parlament befasste

sich auf Antrag der AfD-Fraktion, die einen vollständigen Rückbau forderte, mit diesem Thema. Vor der abendlichen

Debatte gab es eine Protest-Demonstration der Bürgerinitiative „Saubere Umwelt und Energie Altmark“. Foto: ct-press

Mitteldeutsche Zeitung am 04.05.2017 Online:

### Giftsee in der Altmark

## Landtag will Lösung für Silbersee in Brüchau

- Von Jan Schumann - 04.05.17, 22:09 Uhr



Giftschlamm im Boden, Quecksilber im Wasser: Seit Jahrzehnten leben die Bewohner von Brüchau (Altmark) mit einer toxischen Grube. Dass sie undicht ist, gilt als sicher.

Foto: Andreas Stedtler

**Magdeburg** - Sachsen-Anhalts Landesregierung soll im Fall der giftigen Bohrschlamm-Deponie in Brüchau (Altmark) Anwohner-Berichte über vermehrte Krebserkrankungen untersuchen. Das beschloss der Landtag am Donnerstag nach intensiver Debatte über die umstrittene Umweltsünde im Landesnorden. Das Parlament sprach sich zudem dafür aus, dass die Landesregierung zusammen mit Anwohnern und Lokalpolitik an einer Lösung für die undichte Schlammgrube suchen soll. In der Grube lagern teils radioaktive Abfälle und Bohrschlämme aus vier Jahrzehnten Erdgasförderung.

Der zuständige Wirtschaftsminister Armin Willingmann (SPD) legte hingegen dar, aus seiner Sicht gehe derzeit keine akute Gefahr für den Mensch aus, obwohl diese erwiesenermaßen undicht ist. Einen lokalen Grundwasserschaden gebe es aber zweifellos. Um eine richtige Entscheidung zur künftigen Sanierung zu treffen, brauche das Land „eine solide Datenbasis“ zum Inhalt der Grube, so Willingmann. Nur so könne geklärt werden, wo die Abfallstoffe bei einem etwaigen Abtransport gelagert werden können.

Als Lösungen stehen die Abdeckung der Grube und das komplette Ausheben im Raum. Das Abdecken würde nach Schätzungen rund vier Millionen Euro kosten, die Alternativvariante rund 20 Millionen. Willingmann betonte, eine Lösung werden nicht nach finanziellen Gesichtspunkten gefällt. Im Beschluss des Landtags heißt es: „Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen und der Schutz der Umwelt und des Grundwassers müssen bei der Stilllegung maßgeblich sein.“

Für die anstehende Vor-Ort-Untersuchung von Grundwasser, Schadstoffgehalt und Boden erstellt die Betreiberfirma Engie derzeit einen Betriebsplan. Laut Wirtschaftsministerium soll dieser dann mit Anwohnern und Lokalpolitikern abgestimmt werden. Intern geht die Landesregierung weiter von einem notwendigen Verwaltungsprozess aus, der Jahre dauern wird.

Lokale Berichte über erhöhte Krebserkrankungen in Brüchau sind laut Minister Willingmann derzeit unbelegt. Ein länderübergreifender Vergleich im Krebsregister zeige für die Altmark sogar unterdurchschnittliche Werte, sagte er im Landtag.

Die AfD sprach sich im Parlament für eine sofortige Beseitigung der Grube aus. Einwände der SPD, ohne eine Untersuchung könne es keine Entscheidungen zur möglichen Lagerung der Schadstoffe geben, wick der Abgeordnete Matthias Lieschke aus. Dafür sei das Ministerium zuständig. Der Linken-Abgeordnete Hendrik Lange verwies darauf, dass zudem unbekannt sei, wie die eingelagerten Stoffe in der Grube über Jahrzehnte hinweg miteinander reagierten. Für Teile der DDR-Betriebszeit fehlt die Dokumentation der verklappten Abfälle – dies ist ein Teil des Problems bei der Lösungssuche. Die AfD warf den restlichen Fraktionen vor, das Problem in den vergangenen Jahren verschleppt zu haben. In Ausschüssen wird das Thema allerdings bereits diskutiert, zuletzt hatte es eine öffentliche Anhörung im Landtag gegeben. Dort hatte eine lokale Bürgerinitiative ihre Sorgen dargelegt.

Dorothea Frederking, als Grünen-Abgeordnete seit Jahren in Brüchau aktiv, betonte, es müsse eine Lösung gefunden werden, „die dauerhaft Belastungen für Mensch und Umwelt ausschließen“. Zusammen mit Uwe Harms (CDU) und Jürgen Barth (SPD) zeigte sie sich am Donnerstag einig, dass eine Festlegung auf eine der beiden Sanierungslösungen ohne Gutachten nicht sinnvoll sei. (mz)

– Quelle: <http://www.mz-web.de/26845904> ©2017